missio startet Petition gegen Zwangsehe und -konvertierung

16. September 2022



Aachen (KNA) Das katholische Hilfswerk missio Aachen startet eine Petition für den Schutz von Mädchen und jungen Frauen aus religiösen Minderheiten vor Zwangskonversion und Zwangsehe in Pakistan. Darin wird der Religionsbeauftragte der Bundesregierung, Frank Schwabe (SPD), aufgefordert, sich bei der pakistanischen Regierung gegen diese Verbrechen einzusetzen, wie missio am Freitag mitteilte.

„Gesetze, die Entführung, Kinder- und Zwangsehen unter Strafe stellen, werden in der Islamischen Republik Pakistan bislang nicht umgesetzt, wenn die Betroffenen religiösen Minderheiten angehören. Gesetzentwürfe, die das ändern wollen, werden verschleppt“, sagte Dirk Bingener, Präsident von missio Aachen. Darauf müsse die Bundesregierung in Gesprächen mit Pakistan hinweisen, heißt es in der am Montag startenden Petition. Nach Schätzungen sind jährlich rund 1.000 Mädchen und junge Frauen religiöser Minderheiten in Pakistan von Zwangskonversion und Zwangsehe betroffen. Die oft minderjährigen Christinnen, Hinduistinnen und Ahmadiyya-Musliminnen werden aus ihren Familien entführt, unter Zwang konvertiert und an fremde, meist deutlich ältere islamische Männer verheiratet.

Auch Angehörige des Sikhismus und der Kalash-Religion sind betroffen. „Die Mädchen und jungen Frauen sind sexuellem Missbrauch, Vergewaltigung und anderen Formen körperlicher und seelischer Gewalt ausgesetzt. Ihre Familien haben kaum Möglichkeiten, gegen diese menschenverachtenden Verbrechen vorzugehen und die eigenen Kinder zu schützen“, so missio.

Die Pakistan-Expertin Katja Voges von missio sagte der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA), die Opfer hätten in der Regel keinerlei Hilfe von Polizei und Justiz zu erwarten, wenn sie religiösen Minderheiten angehören. „Der Druck auf die Politik und die Justiz durch radikalislamische Gruppierungen ist extrem – das ist ein wichtiger Grund dafür, dass die Gesetze nicht umgesetzt werden und diese Fälle deshalb in Pakistan besonders zahlreich sind.“ missio hoffe deshalb, dass der Bundesbeauftragte für Religionsfreiheit die Entführungen in seiner Arbeit aufgreife, denn wir haben es hier mit massiven religiös begründeten Menschenrechtsverletzungen zu tun. Und wenn Außenministerin Baerbock (Grüne) es ernst meint mit der angekündigten ‚feministischen Außenpolitik‘, muss auch sie die Verbrechen gegen Frauen und Mädchen in dem Land laut und deutlich verurteilen.“

© KNA

Beitragsbild: PublicDomainPictures via pixabay.com

Stand: 17. November 2026